Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 23000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen Ab 8 Uhr. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 1 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 78. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Biercy. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Donnerstag, 19. März 1874.

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir, das Abonnement für das zweite Quartal 1874 ungesäumt erneuern zu wollen, damit wir im Stande sind, die Nummern ohne Unterbrechung weiter zu liefern.

Sämmtliche Post-Anstalten des deutschen Reiches und ganz Oesterreichs nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

In Dresden abonnirt man (einschließlich des Bringerlohnes **vierteljährlich mit 22½ Ngr., bei den sächsischen Post-Anstalten mit 25 Ngr.**

Expedition in Dresden, Marienstraße 13.

Politisches.

Einen Schreckschuß feuert die „Kreuzzeitung" mit der Drohung ab, daß der Reichstag aufgelöst werden solle, wenn er in der Militärfrage nicht bedingungslos die Waffen streckt. Wir meinen jedoch, daß die Reichsregierung es sich zweimal überlegen wird, ehe sie 40 Millionen Menschen abermals den Agitationen, die mit der Ausübung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts verbunden sind, aussetzt. Es wäre das ein bedenkliches Experiment. Wenn die Reichsregierung für die Neuwahlen das Stichwort selbst ausgiebt: unbedingtes Einwilligen der Volksvertretung in alle Forderungen des Militarismus? oder vernünftige Verhältnisse zwischen der Wehrkraft und der volkswirthschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschen Volks? — so ist als sicher anzunehmen, daß das Volk sich auf Seite der Männer stellt, welche der letzteren Parole als Abgeordnete folgen werden. Noch sind im Reichstage die reichsfreundlichen Parteien in starker Majorität — werft unklugerweise das unpopuläre Thema des unersättlichen Militäretats als Schlagwort in die Wählermassen und ihr werdet sehen, ob ihr noch auf eine reichstreue Mehrheit im nächsten Parlamente zu zählen vermögt! Was wollen denn die Männer im Reichstage, denen die „Kreuzzeitung" mit dem Nachhauseschicken droht? Die Wehrkraft des deutschen Volkes erschüttern oder schmälern? Die Schlag- und Sprungfertigkeit seines Heeres lähmen? Nichts weniger als Das. Wenn sich aber im Militärausschusse ergiebt, daß die Ziffer von 400,000 Mann Friedenspräsenzstärke „eine willkürlich gegriffene" ist, wenn selbst preußische Conservative nur eine Minimalziffer von 384,000 Mann bewilligen wollen: wenn trotzdem die Militärverwaltung den berechtigten Forderungen nach einer erträglichen Feststellung der Militärlast, nach Wahrung eines kleinen Restes vom Budgetrecht des Reichstags ein ewiges Nein! entgegensetzt, dann tragen nicht die Abgeordneten, dann trägt der Starrsinn des Militarismus die Schuld an dem drohenden Conflicte. In allen civilisirten Staaten steht das Recht, die Friedensstärke des Heeres zu bestimmen, zu den alljährlich sich erneuenden verfassungsmäßigen Befugnissen der Volksvertretung. Man hat mit Recht das Vertrauen zu jedem gebildeten Volke, daß es nur Männer in die Volksvertretung schicken wird, die in ihrer Majorität stets das Interesse des Vaterlandes im Auge haben. Der militärische Fachmann wird sich immer so viel Vertrauen zu erwerben wissen, daß die Volksvertretung sein Urtheil als maßgebend betrachtet und nach den Zeitumständen die berechtigten Forderungen der Regierung bewilligt. Weshalb sollte Deutschland dieses Rechtes unwürdig sein? Weshalb setzt man voraus, daß künftige Reichstage so selbstmörderisch sein würden, dem Reich zu versagen, was zu seiner Existenz unumgänglich ist?

Vielbesprochen wird ein Vorgang bei dem Impfgesetze. Mit 141 gegen 140 Stimmen hatte der Reichstag es abgelehnt, daß bei drohender Blatternepidemie die Behörden berechtigt sein sollen, eine Zwangsimpfung anzuordnen. Dr. Löwe setzte es aber durch, daß dieses Recht in solchen Staaten, in denen es jetzt schon besteht, z. B. in Preußen, aufrechterhalten werde. So sehr wir materiell mit dieser Bestimmung einverstanden sind — eigenthümlich ist es, daß hiermit festgesetzt wird, daß Landesgesetze nicht durch Reichsgesetze aufgehoben werden. Der preußische Particularismus trug den Sieg über die Reichsidee davon. Wenn es sich um einen Lanzettenstich in den Arm handelt, da darf der Particularismus, weil es zufällig sich um eine preußische Institution handelt, obenauf sein; als es aber um das Kopfabschlagen, um die Todesstrafe sich handelte, da mußte (die „Frankf. Ztg." zieht diese zutreffende Parallele) die Rechtsgleichheit oberstes Princip sein und die Todesstrafe da eingeführt werden, wo sie schon lange abgeschafft war.

Was sich jetzt im Wiener Reichsrathe abspielt, zieht das Interesse aller Denkenden mächtig an. Im Herrenhause erklären die Kirchenfürsten das längst aufgehobene Concordat noch als rechtsverbindlich für sie. Freilich war es stets eine Goldgrube und ein bequemes Mittel, auch auf politischem Gebiete ungemessenen Einfluß zu üben. Sie machen sich die Anschauung des Bischofs Rudigier in Linz zu eigen, der einmal behauptete, daß die „allerheiligste Jungfrau Maria das Concordat unter ihrem Herzen getragen habe," und daß, wo dasselbe treu und gewissenhaft erfüllt worden, „weder der Preuß' noch die Cholera" haben eindringen können. Im Abgeordnetenhause aber schicken die Clericalen wüthende Stürmer auf Stürmer nach der Tribüne, um gegen die confessionellen Gesetze ihre Kapuzinaden loszulassen. Das zweite dieser Gesetze betrifft die Besteuerung des Pfründen- und Klostervermögens. Kaum Eines der vier kirchenpolitischen Gesetze entspricht so augenfällig den Forderungen des praktischen Bedürfnisses, der Billigkeit und der ausgleichenden Gerechtigkeit, wie diese Vorlage. Was ist gerechter, fragt die N. fr. Pr., als daß das Vermögen der Kirche dazu benützt werde, um die Kirche zu erhalten? Und was ist ungerechter, als der dermalen herrschende und von den Tausenden im Dienste der Kirche stehenden niederen Clericalen beklagte und innerlich verwünschte Zustand, wonach Stifte und Klöster, die dem „beschaulichen" Mönchsleben gewidmet sind, im Ueberflusse schwimmen, Kirchenfürsten und Domcapitel ein Jahreseinkommen beziehen, das mitunter nach Millionen zählt, während die im harten Seelsorgedienste stehende Geistlichkeit auf die Staatsdotation gewiesen ist, welche unter dem Titel des Zuschusses für den Religionsfonds gewährt wird? Trotz des riesigen Vermögens, über welches die Kirche verfügt, wird die Mehrzahl der katholischen Geistlichen aus Staatsmitteln kümmerlich erhalten, und bis auf sechzig Millionen beläuft sich die Summe, welche der Staat bisher dem Religionsfonds aus den Steuergeldern vorgestreckt hat, ohne Aussicht, daß dieselbe jemals werde zurückerstattet werden. Um diesem widersinnigen Zustande ein Ende zu machen, bestimmt der Gesetzentwurf, daß von jenem Kirchenvermögen, welches über den Bedarf der darauf gewiesenen Personen hinaus Ueberschüsse aufweist, eine Steuer erhoben werden soll mit der im voraus festgestellten Widmung, in den Religionsfonds zu fließen, mithin für Kirchenzwecke verwendet zu werden. Das ist der Inhalt der Vorlage, von welcher die Encyklica behauptet, „daß sie die Kirchengüter durch auferlegte Steuern so zu vermindern beabsichtige, daß der elende Besitz und Fruchtgenuß, den man der Kirche lassen wird, nicht als Ehre, sondern vielmehr als Spott und als Deckmantel der Ungerechtigkeit bezeichnet werden muß".

Gegen ein solches Gesetz meldeten sich 25 clericale Redner; nur 7 vermochte das Abg.-Haus anzuhören. Es ertrug lange Zeit die pökelhaften Insulten dieser tonsurirten Gesellen, als aber der Abg. Bärnfeind ausrief: daß, je mehr verlorne Provinzen, zerrüttete Vermögen, Thränen und Jammer ein Minister verschulde, desto mehr steige er in der Gunst der Krone", da zuckte der Blitzstrahl vom Präsidentenstuhle und die Debatte wurde geschlossen. Von Seiten der Freunde des Gesetzes ergriff Keiner das Wort, Gewährenlassen der Tobenden war die Parole, schweigend wurde das Gesetz angenommen. Der Kaiser Oestreichs aber „fürcht sich nit" vor den vatikanischen Gespenstern und Flüchen. Als constitutioneller Fürst hat er den Brief des Papstes an ihn seinem Reichskanzler zur Beantwortung übergeben.

Noch ist man ohne Kenntniß von der Wirkung der Chiselhurster Rede des Prinzen Napoleon auf die Bevölkerung Frankreichs. Die Demonstration fällt in eine für die Bonapartisten ungemein günstige Zeit. Handel und Wandel liegen mehr darnieder als je. Die Legitimisten haben ihre Unfähigkeit bewiesen und ihre bemoosten Prinzipien ziehen nicht mehr; die Orleanisten haben es über eine mehr oder weniger offen betriebene Erb- und Thronschleicherei nicht hinausgebracht; die Republikaner, noch die lebenskräftigste Partei, sind zerspalten und können den Geschäften nicht Aufschwung geben — so sehnt sich das Volk nach den Fleischtöpfen des Kaiserreichs, dem großen Wohlstande, den es bot, uneingedenk der Thatsache, daß das Empire die Schuld an den täglich drückender werdenden Steuern und dem Kriege trägt. In der Nationalversammlung, die vor 3 Jahren nur 2 Bonapartisten aus Corsica zählte, sitzen jetzt mehr als 50 mehr oder weniger offene Bonapartisten; Rouher, der Exvicekaiser ist eine gewichtige Person, der elende Ollivier wagt bereits mit leichtem Herzen aus seinem Dunkel hervorzutreten; Mac Mahon ist ein ehemaliger Marschall Napoleons; Magne, der Lieblingsfinanzmann des Mannes von Sedan, hat die Leitung des wichtigen Schatzmates; die Armee und Verwaltung befindet sich in den Händen gut kaiserlicher Offiziere und Beamten — wie sollte der hübsche frische Bursche, der mit mittelmäßigen Naturanlagen versehen, jetzt in Chiselhurst in die Periode der Großjährigkeit französischer Herrscher tritt, nicht glauben, daß ihm, dem jungen Adler, bald die Schwingen zum Fluge über den Kanal wachsen werde?

Locales und Sächsisches.

— Der Sattelmacher Köpcke zu Leipzig hat das Prädicat „Königlicher Hofsattelmacher" erhalten.

— Am Montag fand im Landhause im Saale der 1. Kammer der jährliche Kreistag der Stände des Meißner Kreises statt. Anwesend waren die Bürgermeister der Städte: Dresden, Meißen, Schandau ꝛc., sowie der größte Theil der Besitzer von den im Meißner Kreise liegenden Rittergütern. Als Präsident fungirte Herr Kammerherr v. Zehmen auf Stauchitz. Nachdem derselbe der Ausgeschiedenen gedacht und die Anwesenden begrüßt, wurden mehrere Herren, welche das erste Mal anwesend, von Herrn v. Zehmen mittelst Handschlag verpflichtet. An Stelle des Herrn Kreissecretair Dietrich wurde Herr Calculator Schubert gewählt. Hierauf ging man zur Rechnungsablegung der vertheilten Zinsen des vorigen, sowie der Verwendung der Zinsen dieses Jahres über. Die Meißner Stände besitzen ein Capital von ca. 179,000 Thlr., dessen Zinsen zum größten Theile jährlich vertheilt werden; und zwar unter Wohlthätigkeitsanstalten. So erhielten im vorigen Jahre das Waisenhaus zu Pirna 900 Thlr., das hiesige Taubstummeninstitut 294 Thlr., Blindenanstalt 672 Thlr., Diaconissenanstalt 450 Thlr., das Knabenrettungshaus zu Riesa 500 Thlr., dasselbe und Diacenenbildungsanstalt zu Obergorbitz 500 Thlr. u. s. w. Sollte bei Lesung dieser Posten nicht auch eine freundliche Bitte an die geehrten Stände des Meißner Kreises sich richten dürfen, unserer Bildungsanstalten für Kunst und Industrie zu gedenken? Nachdem der Kreistag beendet und die Vertreter der Städte sich entfernt hatten, begann die Sitzung des ritterschaftlichen Convents, dessen Tagesordnung einfach in der Prüfung der Rechnung über die ritterschaftliche Vorrathscasse auf das Jahr 2873 bestand.

— Aus den Verhandlungen der Finanzdeputation der 1. Kammer, welche in der Vertagungszeit über das Budget wiederholt Sitzungen gehalten hat, verlautet folgendes Nähere: Die Deputation wird allem Anscheine nach in den meisten Punkten, besonders denen, bei welchen die Regierung nicht ausdrücklich gegen die Beschlüsse der 2. Kammer Widerspruch erhoben hat, der 2. Kammer beistimmen, also auch wahrscheinlich den von dieser Kammer vorgenommenen Gehaltsabstrichen. Hingegen dürfte die Deputation den über die ursprüngliche Forderung der Regierung hinausgehenden Bewilligungen der 2. Kammer nicht beitreten. Dafür wird sie die 50 Gensdarmen für Dresden, von denen die 2. Kammer bekanntlich die Hälfte gestrichen hat, zur vollen Bewilligung, ebenso das Halten von Geschirren durch die Amtshauptleute, empfehlen. Das Budget ist folgendermaßen unter die Referenten vertheilt: Handelskammer-Präsident Rülcke berichtet über das Einnahmebudget, Prinz Georg, k. H., über den Bau-Etat, Oberbürgermeister Pfotenhauer über das Ministerium der Justiz, Herr Seiler über das des Innern, Landesältester Hempel über das der Finanzen, Kammerherr v. d. Planitz über das des Cultus, von Böhlau über das des Auswärtigen, die allgemeinen Staatsbedürfnisse und die Reichsmatrikularbeiträge, Kammerherr v. Erdmannsdorff über die Eisenbahnen und die Steuerreform. Außerdem sind jedem Referenten die mit seinem Departement zusammenhängenden Partieen des außerordentlichen Budgets zugetheilt worden.

— Berliner Briefe IV. Das Parlament feiert schon wieder, wenigstens das Plenum, oder majori, es tritt den Vorrang an die Militär-Commissionen ab. Viele Abgeordnete haben Berlin in Unlust an einer Session verlassen, welche nur dem kleinen in Commissionen beschäftigten Theil des Reichstages Arbeit giebt. Wie es mir vorkommt, auch nach der gestrigen Sitzung, ist außerhalb der Kreise der berufsmäßigen Politiker und der bei der Presse betheiligten Gewerbtreibenden, das Interesse an dem Preßgesetze nicht groß. Andere Gesetze werden mit mehr Passion discutirt, und wer gewohnt ist, unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung zu schreiben, wie diese bei Gelegenheit neuer Vorlagen oder Nummern der Tagesordnung sich innerhalb des Bereiches der Nichtprofessionellen äußert, der wird in den Preßgesetzdebatten im Reichstage kaum rechte Anregung finden. Der Reichstag will sich nicht schon wieder mit den Socialdemokraten und Ultramontanen herumschlagen, nachdem er eben erst beim Impfgesetz mit ihnen fertig geworden ist. Ich bezweifle, daß selbst die mutwilligen Anträge eines Hasselmann im Stande sein werden, das Publikum zu galvanisiren. Ich kann freilich nur nach Berlin urtheilen, das auch gestern theilnahmlos geblieben ist. Preßfreiheit, Zeitungscontingentirungen, Cautionswesen, Zeitungssteuer ꝛc. — es ist auffallend und verdient beachtet zu werden, wie kühl diese Dinge augenblicklich das größere Publikum lassen. Ich sage: augenblicklich. Ich vermuthe, der Eifer der Socialdemokraten und Ultramontanen für Preßfreiheit hat die Stimmung in weiteren Kreisen so sehr temperirt. Oder woher kommt es sonst, daß der Berliner sich so wenig um die Reform kümmert? Taugt das neue Preßgesetz etwas? Wird unser tägliches geistiges Brod billiger werden? Wird das Zeitungswesen sich üppiger entwickeln, quantitativ und qualitativ? Das sind Fragen, die man kaum mit einer gewissen Lebhaftigkeit erörtern hört. Kommen sie auf's Tapet, so kann man einigermaßen sicher sein, daß Schriftsteller oder Verleger, oder solche politische Capacitäten, die schon über das Niveau sich erheben, das Wort führen. Das größere Publikum scheint das ganze Preßwesen für eine häusliche Angelegenheit der Fachleute anzusehen. Wenigstens thut es so. Das Militärgesetz packt ganz anders. Aber das Preßgesetz? Es kommt mir so vor, als ob einst die Freigebung des Apothekergewerbes das allgemeine Interesse weit mehr erregt hätte. Die Impfordnung hat es gewiß gethan. Aber Gewerbenovelle und Militärgesetz, daneben ist kein Raum mehr für die brennende Frage der Redakteure und Verleger. Die großen Worte der Zeitungen selber über diese Frage und die Lauheit des Publikums contrastiren wirklich auffallend. Beobachte ich etwa einseitig? Das glaube ich nicht. Was bietet denn jetzt der Reichstag? Sind das Sitzungen, wo gewaltige Kämpfe unterhalb einer dicht gedrängten Corona sich vollziehen und die fieberhafte Aufregung der Zuschauer ihren Antheil daran hat, daß die Arena heißer und heißer brennt? Ganz das Gegentheil. Es könnte auch ein anderes Thema auf der Tagesordnung stehen, man würde doch die Tribünen füllen. Die Zugkraft des Reichstages liegt nun einmal in der gegenwärtigen Session in der Luft. Aber was treibt man da auf den Tribünen? Nämlich beim Preßgesetz. Die Architektonik des Saales wird studirt, die hohe Versammlung durch das Binocle gemustert. Der erfahrenere Nachbar spielt den Nomenclator und zeigt dem Neuling, wer Delbrück, wer Lasker, wer Hasselmann ist. Oder der unglückliche Provinziale hat sich einen sogenannten Sitzungsplan gekauft, mit dessen Hilfe er sich einbildet, allein zu recht zu finden. Nun geht es an das Verwechseln. Nach dem Plane muß dort vorn Windthorst sitzen. Aber der hat sich zur Abwechslung einmal wo anders hingesetzt und seinen Platz einem freiconservativen Grafen eingeräumt. Der Provinziale ist erstaunt über den schönen Mann, und in die Heimath zurückgekehrt, erzählt er ganz genau, wie Windthorst aussieht, und daß die Grazien an seiner Wiege gestanden. Vom Preßgesetz weiß er nicht viel, denn das Berliner Tribünen-Publikum hat ihn mit seiner Gleichgültigkeit angesteckt. Nichts erklärlicher, als daß die große Militärfrage, welche alle Conversation beherrscht, anderen politischen Themas die stärkste Concurrenz macht. Beim Preßgesetz kommt noch Manches hinzu. Für den Berliner ist jeden Morgen der Zeitungsbote eine so wichtige Figur, als die Milchfrau und der Bäckerjunge, wenn nicht gar eine noch wichtigere, aber seine Gleichgültigkeit für die Personen, die die Zeitung machen, ist, wie mir scheint, schon älteren Datums. Ich glaube auch, er überschlägt regelmäßig die Preßprocesse, mit denen die hiesigen Zeitungsmacher so gern die Spalten füllen. Confiscirt kann immer werden, nur nicht seine Zeitung. Es kommt ja auch jetzt kaum noch vor, daß die Staatsbürgerzeitung oder die Volk'sche diesem Schicksal unterliegen. „Die Germania ist mit Beschlag belegt, — das ist dem Blatte ganz recht", „der Socialdemokrat zu 100 Thalern oder drei Monaten verurtheilt? — wenn es nur was hilft!" — „Stempelsteuer? die Zeitungen werden doch nicht billiger, — wir werden das beim Brod und beim Fleisch sehen, wenn erst die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer zur Ausführung gelangt, die Bäcker und Fleischer werden noch reicher werden, als sie schon sind". Der so spricht, ist natürlich nicht selber Fleischer oder Bäcker, ebensowenig ein Zeitungsverleger oder politischer Schriftsteller. Er ist ein fortschrittlicher Schornsteinfeger, in dessen Programm auch die Preßfreiheit figurirt, der aber an dem genug hat, was manche Zeitungen darin leisten, besonders in ihrem Inseratentheil.

— Gewerbeverein, am 16. März. In der heutigen Versammlung lud Herr Vorstand Walter zunächst zur zahlreichen Betheiligung an der am Mittwoch stattfindenden Excursion: Besuch der „Vereinigten Dresdner Strohhutfabriken von Fiegel u. Löwinsohn" und der königlichen Thierarzneischule, ein, hinzufügend, daß am Abend desselben Tages ein Herr Kunstdirector Harth aus Berlin im Saale des Vereinshauses einen Vortrag aus dem Gebiete der Physik und Chemie gegen das geringe Entree von 2 Ngr. 5 Person halten wird. Im vorigen Fragekasten befand sich ein Zettel, worin angefragt wurde, ob die neue Wasserleitung auch Wasser zum Betriebe von Motoren liefere, was Herr Walter nach eingezogener Erkundigung bejaht. Einen